

# Wieder das Wort vom „Villensterben“

- Kurviertel-Bewohner ziehen gegen Stadt vor Gericht
- Verein setzt sich für Erhalt des Quartiercharakters ein

VON STEFAN HILSER

**Überlingen** – Sie wohnen im Kurviertel, einem der schönsten und teuersten Wohnquartiere Überlingens, vielfach mit Seesicht gesegnet, idyllische und gewachsene Vorgärten prägen die Optik. Um dieses Idyll sorgt sich ein Teil der Bewohner, nachdem der Gemeinderat einen Bebauungsplan verabschiedete, der eine in Ihren Augen zu großzügige Bebauung zulässt. Aktuell vorliegende Bauanträge würden bereits die Richtung weisen, in die die Entwicklung gehe: Ein- oder Zweifamilienhäuser weichen, Mehrfamilienhäuser folgen.

Der Bebauungsplan trägt den Titel „Schreibersbildstraße/Seehaldenstraße“. Nach 18-jähriger Verfahrensdauer wurde er im Juni 2015 einstimmig bei einer Enthaltung vom Gemeinderat verabschiedet. Wenig später gründeten die Bewohner den Verein „Lebensqualität Kurviertel“. Vorsitzende ist Karin Degner, ihr Stellvertreter Hannes Ingerfurth. Degner befürchtet eine Bebauung, „die die bisherige Bebauung um zum Teil mehr als 50 Prozent überschreitet“. Ingerfurth kritisiert, dass man sich in den Jahren der Diskussion um den Bebauungsplan von Baufenstern verabschiedet habe, und der Gemeinderat letztlich „Bauleitlinien“ zugestimmt habe. Korridoren, in denen eine „ungesunde Entwicklung“ befördert werde, die in keinem Verhältnis mehr zur Umgebungsbebauung stehe. Er sprach von einer „zerstörenden Entwicklung“, trotz der erklärten Bekundung, der Stadtplaner, dem Villensterben einen Riegel vorzuschieben.“

Nach eigenen Angaben sind 30 Anwohner im Verein „Lebensqualität Kurviertel“ als Mitglieder gemeldet. Ihren Vereinszweck erkennen sie darin, den Bebauungsplan zu stoppen, damit eine „naturnahe“ Umgebung erhalten bleibt.

Juli 2016 den Gerichtsweg und leiteten beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim ein Normenkontrollverfahren gegen die Stadt Überlingen ein. Parallel dazu suchten sie den Dialog mit OB Jan Zeitler und zuvor mit Sabine Becker. Nachdem von Seiten der Stadt aber keine Gesprächsbereitschaft mehr vorhanden sei, gehen Degner und Ingerfurth nun bewusst in die Öffentlichkeit. Bei einem Ortstermin im Kurviertel sagte Vorsitzende Karin Degner am Dienstag: „Wir sind keine Wutbürger. Wir möchten nur den Status Quo erhalten.“

Oberbürgermeister Jan Zeitler teilte auf SÜDKURIER-Anfrage mit: „Ich bedauere, dass die Bürgerschaft vor meinem Amtsantritt den Klageweg gewählt hat, was ich unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten selbstverständlich akzeptiere.“ Doch bitte er um Verständnis, dass er sich als OB „zur Wahrung der Rechtsposition der Stadt Überlingen zu rechtsanhängigen Verfahren nicht äußern kann“. Er erklärte sich für die nächsten Tage aber zu einem Interviewtermin bereit, in dem er zu grundsätzlichen Fragen, die sich beim Thema Nachverdichtung und Baukultur stellen, Position beziehen werde.

Der Verein, zu dessen Vorstand Valeria Kostern und Francoise Wilhelmli de Toledo gehören, sorgt sich zudem um hohe Kosten, die auf die Bewohner zukommen könnten durch die erstmalige endgültige Erschließung der Straßen. Sie erfolgt nach heutigem Standard, mit breiteren und normgerechten Straßen, die für Rettungs- und Müllfahrzeuge kein Problem mehr darstellen.

**Kommentar, Seite 20**



Karin Degner und Hannes Ingerfurth an der Schreibersbildkapelle. Die drei Pappeln sollen im Zuge des Straßenausbaus gefällt werden. OB Jan Zeitler äußert sich mit Verweis auf ein Gerichtsverfahren nicht öffentlich zu der Sache. BILD: STEFAN HILSER

Südkurier vom 30. März 2017

ANZEIGE

NATURATA  
UND  
KAUF

„naturnale“ Umgebung erhalten bleibe. Fristwährend beschritten sie im

## Kein Einzelfall

Die Entwicklung im Kurgebiet und eine verdichtete Bauweise ist, speziell in Überlingen, kein Einzelfall. Hier ein Beispiel, das aufzeigt, wie die Stadtverwaltung und der Gemeinderat einer unguten Entwicklung entgegen steuern: Die Straße „Zum Hecht“ in Nußdorf ist mit einem schmalen Uferstreifen ein besonders sensibles Terrain. Noch in der Nachkriegszeit waren die feuchten Seegrundstücke nicht gefragt. Dies hat sich gründlich geändert, und die Begehrlichkeiten sind mit der zu erwartenden Rendite enorm gestiegen. Die Situation hat die Abteilung Stadtplanung in der Begründung für die Aufstellung eines Bebauungsplans im September 2015 beschrieben: steigende Nachfrage, steigende Preise, steigende Ansprüche an den Umfang der Bebauung, insbesondere in der privilegierten Lage am Ufer. Während es hier bei der Vermarktung keine Obergrenze zu geben scheint, ringen Gemeinderat und Stadtplanung um Obergrenzen bei der Bebauung, um den Charakter des Ufers auch im öffentlichen Interesse zu wahren. Der Entwurf lag von Oktober bis November 2016 öffentlich aus. Über die Stellungnahmen wird der Rat demnächst beraten und entscheiden müssen. Im Moment hat die Stadt die Möglichkeit, Bauanträge mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Bebauungsplan zurückzustellen, wenn sie dessen erkennbaren Zielen zuwiderlaufen. So geschah es erst vergangene Woche mit zwei Vorhaben. (hpw/shi)



Ein Dauerbrenner: In einem SÜDKURIER-Extra haben wir Artikel aus unserem Archiv zum Thema

Villensterben gesammelt:

[www.suedkurier.de/exklusiv](http://www.suedkurier.de/exklusiv)